

KOMMENTAR
Von **Miguel Sanchez**
zur Flüchtlingspolitik



„Das Parlament hat den Druck erhöht, abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber loszuwerden.“

Die Asylwende ist da

Er hat es getan. Gesagt, was Sache ist. Und die Wahrheit ist, dass die Gesetzgebung oft so angelegt ist, wie es Innenminister Horst Seehofer in einem Interview beschrieben hat: Man zerredet und verkompliziert eine Gesetzesinitiative, bis am Ende nur Experten mitkommen und mitreden können und alle anderen die Themenhoheit verloren haben. Seehofers Erfahrung nach 15 Monaten in Berlin: Man muss Gesetze kompliziert machen. Dann fällt das nicht so auf. Auch wenn er es im Nachhinein für Ironie erklärt hat – wahrheitswidrig war seine Darstellung nicht, nur ungeniert. Und unglücklich. Denn: Ein Großteil der Gesetze, die gestern zum Asyl- und Zuwanderungsrecht beschlossen wurden, sind in dieser Woche im Schweinsgalopp durch das Parlament gejagt worden. Die Beteiligung des Bundestages, insbesondere der Sachverständigen, war eine Farce und für die Opposition eine Zumutung. Und nun

kommt der Innenminister und erklärt ihnen, dass die Verschleierung gewollt war und Methode hat.

Der Shitstorm, den er ausgelöst hat, lenkt vom Wesentlichen ab. Relevanz hat, dass der Bundestag zwei Entscheidungen getroffen hat, auf die man tatsächlich zweimal schauen sollte: In der Flüchtlingspolitik hat das Parlament den Druck erhöht, abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber loszuwerden. Und mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben Union und SPD sogar eine historische Entscheidung getroffen. Da geht es nicht um die Menschen, die uns brauchen, also Flüchtlinge und politisch Verfolgte, sondern um die Menschen, die wir brauchen: Fachkräfte. Die Hoffnungen, die sich mit dem Gesetz verbinden, werden sich gleichwohl nicht erfüllen. Fazit: Seehofers Asylwende ist Fakt und eine klare Verschärfung – das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist bestenfalls ein Versprechen.

KOMMENTAR
Von **Ute Berndt**
zum WM-Start der Fußballerinnen



„Für die weitere Markt- und Markenausdehnung braucht der Fußball verstärkt die Frauen.“

WM-Kampf ums Geld

Seit gestern Abend rollt der WM-Ball in Frankreich. Den womöglich nachhaltigsten Erfolg haben die Fußballerinnen aber schon im Vorfeld errungen – beim Kampf um Anerkennung und ein bisschen mehr Geld in der Männerwelt Fußball. So will Fifa-Boss Infantino in die Frauen investieren, regt eine Weltliga für Nationalteams und eine Klub-WM an. Zudem wurden die Prämien des Weltverbands wie die vieler WM-Teilnehmer erhöht. Und in Australien haben die Profifußballerinnen erstritten, worum ihre US-Kolleginnen noch klagen: Dass sie das gleiche Grundgehalt wie die – weniger konkurrenzfähigen – Männer bekommen. Das klingt nicht schlecht. Auch wenn hinter den Zugeständnissen kaum der Drang nach echter Gleichberechtigung steht, sondern die simp-

le Einsicht, dass man für die weitere Markt- und Markenausdehnung verstärkt die Frauen braucht: Mehr weibliche Fans, mehr Identifikationsmöglichkeiten. Sollte nun dank der WM wirklich mehr Geld in den globalen Frauenfußball fließen, muss sich der deutsche anstrengen, auch davon profitieren zu können. Denn während in Spanien und England die großen Klub-Marken schon ab und zu große Stadien füllen, sind die Fußballerinnen hierzulande auf Nebenplätze verbannt. Auch wenn sie im Vergleich zu Handball oder Hockey klar die Nummer eins sind und sich im öffentlich-rechtlichen TV präsentieren dürfen – in Deutschland zählt der Frauen-Ballsport generell weniger als anderswo. Vielleicht kann das DFB-Team mit einer starken WM da ein bisschen gegensteuern.

PRESESTIMMEN

„Nutzt nur dem rechten Rand“

Politiker wissen, was sie tun, wenn sie Asylbewerber als „Identitätstäuscher“ und „Mitwirkungsverweigerer“ bezeichnen. Das stempelt Menschen als sozusagen hauptberufliche Bösewichte ab, die sich (...) weigern, ihre eigene Abschiebung zu fördern. So wird es umso leichter, der Öffentlichkeit neue Schikanen zu verkaufen, wie sie das beschönigend so ge-

nannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz enthält: Wer beim Papiere-Beschaffen nicht mitspielt, bekommt nur eine Duldung zweiter Klasse. (...) Dass eine große Koalition die Flüchtlingsfrage systematisch skandalisiert, nutzt nur dem rechten Rand.

„Frankfurter Rundschau“ zur Asyl-Gesetzgebung

ZITAT DES TAGES



„Man muss einen Freund haben, der einen in den Arm nimmt und bei dem man sagen kann: Mir geht es richtig schlecht.“

Thomas de Maizière (CDU), ehemaliger Innenminister, empfiehlt gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland gute Freunde zur Krisenbewältigung.



KARIKATUR: TOMICEK

Grüner Dünger

DIESE WOCHE

Armin Maus, Chefredakteur unserer Zeitung, über Wolfsburgs und Helmstedts Nähe



„Es könnte sein, dass Mohrs, Radeck und Markurth gemeinsam in Gang bringen, was die Landesregierung nicht unternehmen mag: Die Bündelung der Stärken unserer Region.“

Und die Region bewegt sich doch

„Vereint wirkt also dieses Paar, was einzeln keinem möglich war.“
Christian Fürchtgott Gellert

Für den Wolfsburger Oberbürgermeister Klaus Mohrs muss es ein Moment der Genugtuung gewesen sein: Politische Gegner hatten ihm unterstellt, er habe neue Fusionspläne mit Helmstedt nur vorgeschoben, um die Verlängerung seiner Amtszeit zu legitimieren.

Helmstedt wolle ja gar keine Verhandlungen. Jetzt hat sich der Helmstedter Kreistag für eben diese Gespräche ausgesprochen. Mit knappem Ergebnis, ergebnisoffen selbstredend, und mit dem Vorbehalt einer Entscheidung der Bürger. Aber der Auftrag an Landrat Gerhard Radeck ist da.

Mohrs war es von Anfang ernst mit der Vereinigung, auch schon beim ersten Anlauf mit dem damaligen Helmstedter Landrat Matthias Wunderling-Weilbier, der an mangelnder Einbindung Braunschweigs und fehlendem Mut des Innenministeriums scheiterte. Damals war Mohrs (wie Wunderling) frisch im Amt – so ziemlich der schlagendste Beweis, das es ihm nicht um Amtszeitschinderei ging.

Er hat andere Gründe: Es sind existenzielle Entwicklungsfragen seiner Stadt. Wolfsburg platzt aus allen Nähten. Entwicklungsmöglichkeiten für den Giganten Volkswagen und für die vielen anderen Unternehmen werden immer rarer. Und Raum fürs neue Einfamilienhaus mit Garten findet sich nur noch im Einzelfall; in seinen großen Neubauprojekten hat sich Wolfsburg für verdichtete Bauweise entschieden, um kostbaren Stadtraum zu schonen.

Der Stadt droht der Entwicklungsstopp mangels Masse, die Betonierung des Status Quo. Etwas Gefährlicheres ist für das Zentrum eines dynamischen, im technologischen und ökonomischen Umbruch befindlichen Weltkonzerns kaum vorstellbar. Die Häutung des Auto-Riesen ist nicht ohne Risiko – und wer die Kommune aus der Abhängigkeit von VW lösen will, muss anderen die Chance zur Ansiedlung und zur Entwicklung geben.

In der Verbindung mit Helmstedt könnte es zu einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen Stadt und

ländlichem Raum kommen. Flächenintensive Wirtschaftsbetriebe, der Logistik etwa, fänden im Landkreis Helmstedt ebenso Platz wie Eigenheimer mit dem Anspruch an viel Grün vor der Haustür.

Helmstedt wiederum könnte an der Entwicklung Wolfsburgs teilhaben, seine strukturelle Finanzschwäche überwinden und endlich durch Investition in die Infrastruktur von der Kita bis zum eng getakteten Öffentlichen Personennahverkehr seine zahlreichen Vorteile auspielen: Intaktes Sozialgefüge mit aktiven Organisationen nicht zuletzt im Sport, lebenswerte Städte und Gemeinden, landschaftlichen Reiz, die reiche Kulturtradition zwischen Kaiserdom und Marienberg bis hin zum potenziellen Welterbe der Schöninger Speere – um nur wenige Stärken zu nennen.

Mohrs will die Gespräche nun zügig führen. Das ist gut so. Denn an seiner Person hängt viel: Er ist der glaubwürdigste Vertreter höherer Einsicht. Das je nach VW-Konjunktur meist sehr reiche Wolfsburg würde seinen Wohlstand ein Stück weit mit seinem wirtschaftlich schwächeren Nachbarn teilen, um gemeinsam neue Perspektive zu gewinnen. Für Kräfte, die sich gewissermaßen „Wolfsburg first“ aufs Papier geschrieben haben, ist das eine schwer erträgliche Zumutung. Dem Druck, den sie entwickeln, kann nur ein erfahrener, respektierter Oberbürgermeister standhalten.

Und der Kreis Helmstedt kann sich nur dann auf die Fusionsidee einlassen, wenn die Gefahr eines Scheiterns kalkulierbar bleibt.

Landrat Radeck hat das Kunststück fertiggebracht, dem Kreis Helmstedt und seiner Verwaltung etwas von ihrem traditionellen Selbstbewusstsein zurückzugeben.

Vor allem die 110 Millionen Euro schwere Entschuldungshilfe des Landes aus dem Jahr 2016 für den Kreis Helmstedt und die Kommunen Schöningen, Königslutter und Büddenstedt hatte dem ehemaligen Braunkohlerevier Auftrieb gegeben. Radeck, im September desselben Jahres ins Kreishaus einzogen, gab

dieser Chance Gestalt. Wer wollte ihm verdenken, dass er kein glühender Verfechter der Fusionsidee ist? Sein Handeln scheint in dieser Frage weniger aus dem Herzen gesteuert. Wenn eine Vereinigung vernünftig und zum Nutzen der Region Helmstedt möglich ist, dürfte er sie aber durchaus vertreten.

Heimlich, still und leise hat unterdessen auch Braunschweig das diplomatische Parkett betreten. Vieles, was für Wolfsburg gilt, lässt sich auch über Braunschweig sagen. OB Ulrich Markurth mag seine Stadt so, wie sie ist. Er kann aber heute schon größere Betriebsansiedlungen nicht mehr darstellen, weil es an Platz fehlt. Auch er sendet kluge Signale der Gesprächsbereitschaft. Es könnte sein, dass Mohrs, Radeck und Markurth gemeinsam in Gang bringen, was die Landesregierung nicht unternehmen mag: Die Bündelung der Stärken unserer Region.

Womit wir bei einer kleinen, aber symbolkräftigen Neuigkeit dieser Woche wären: Die Braunschweigsche Stiftung und die Allianz für die Region haben eine App publiziert, mit dem jedes Smartphone zum Wegweiser durch unsere Heimat wird. Von Jobchancen bis zu sage und schreibe 533 Rad- und Wandertouren sind hier viele anregende Informationen komfortabel abrufbar – sehr empfehlenswert für Alteingesessene wie für solche, die über den Wechsel in die Region Braunschweig-Wolfsburg nachdenken. Auf zur Entdeckungsreise!

Zum Schluss noch ein Wort in eigener Sache. Der Festakt zum 16. Gemeinsam-Preis im Braunschweiger Dom St. Blasii hat uns diese Woche einmal mehr gezeigt, welches Glück es ist, Zeitung machen zu dürfen. Denn es gibt uns nicht allein die Chance, für Sie, unsere Leserinnen und Leser, wichtige Informationen zusammenzutragen, zu überprüfen und zu kommentieren. Wir können Menschen zusammenbringen und würdigen, die das Leben in unserer Region besser machen. Die Ehrenamtlichen sind scheinbar unermüdet und ganz sicher unersetzlich. Die Festrede des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil war ein sehr überzeugender Ausdruck des Dankes, den wir alle diesen Menschen schulden.

MEDIENMACHER
Von **Kai-Hinrich Renner** zu aktuellen Branchenthemen



Muss ein Förderer von Relotius gehen?

Nachdem der „Spiegel“ den Abschlussbericht der Untersuchungskommission zum Fall Claas Relotius veröffentlichte, blieb eine Frage offen: Würde das Nachrichtenmagazin an den Mitarbeitern festhalten, die es durch Nachlässigkeit und Schlamperei dem früheren Redakteur ermöglichten, knapp 60 Artikel komplett oder in Teilen zu erfinden? Der Bericht belastete die leitenden Redakteure Ullrich Fichtner und Matthias Geyer, aber auch die Dokumentation des Hauses. Der Dokumentar des Gesellschaftsressorts, für das Relotius schrieb, verabschiedete sich in den Vorrückstand. Der Chef der „Spiegel“-Dokumentation wird diesem Beispiel folgen.

Aber was ist mit den Relotius-Förderern Fichtner und Geyer? Fichtner hatte den Fälscher zum „Spiegel“ geholt, Geyer war jahrelang Relotius' direkter Vorgesetzter gewesen. Nach Vorlage des Zwischenberichts der Untersuchungskommission wurde den beiden eine zugesagte Beförderung verweigert. Geyer musste die Leitung des Gesellschaftsressorts abgeben.

War es das? Im Fall Geyer womöglich nicht. Wie mehrere „Spiegel“-Quellen berichten, führt der Journalist, der sich derzeit als Redakteur für besondere Aufgaben um die Textqualität des Nachrichtenmagazins kümmert, Gespräche mit der Personalabteilung. In der Chefetage des Hauses wäre man wohl nicht unglücklich, sollten diese Unterredungen in eine Vertragsauflösung münden.

Fichtner wird wohl bleiben. Er profitiert davon, dass er kurz nach der Verpflichtung von Relotius Reporter in Paris wurde. Die Personalverantwortung für den Fälscher übernahm Geyer. Er ignorierte laut Abschlussbericht Anfragen von Lesern, denen Unstimmigkeiten an Relotius' Texten aufgefallen waren. Und er hob ein erfundenes Stück seines Schützlings ins Blatt, nachdem ihm „Spiegel“-Reporter Juan Moreno bereits handfeste Indizien dafür vorgelegt hatte, dass Relotius unsauber arbeitete. Diese Indizien lagen auch Fichtner vor, der sich laut Abschlussbericht schon „als Chefredakteur“ empfand, obwohl er das Amt erst am 1. Januar antreten sollte, wozu es wegen der Affäre nicht mehr kam. Dass er formaljuristisch nicht Chefredakteur war, rettet ihm womöglich den Job bei dem Magazin.

Geyer aber stolperte auch über eine Mail, in der er Relotius und Moreno für eine Story über einen Flüchtlingstreck Anweisungen im Stil des Chefs einer Castingagentur gab: „Wir suchen nach einer Frau mit Kind. Sie kommt idealerweise aus einem absolut verschissenen Land (...) Sie setzt ihre Hoffnung auf ein neues, freies gutes Leben in den USA (...) Es muss eine sein, die mithilfe eines Kojoten über die Grenze will (...) Die Figur für den zweiten Konflikt beschreibt Claas (...) Dieser Typ wird selbstverständlich Trump gewählt haben, ist schon heiß gelaufen, als Trump den Mauerbau an der Grenze ankündigt hat, und freut sich jetzt auf die Leute dieses Trecks, wie Obelix sich auf die Ankunft einer neuen Legion von Römern freut.“

Geyer und Fichtner waren für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Der „Spiegel“ will sich zur Personie Geyer nicht äußern.